

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umweltausschuß

7. Sitzung
am Mittwoch, dem 13. November 1996,
im Sitzungszimmer 136 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Helmut Jacobs (SPD)

Renate Gröpel (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Gero Storjohann (CDU)

Roswitha Strauß (CDU)

Herlich Marie Todsén (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Stellv. Vorsitzender

in Vertretung von Ingrid Franzen

in Vertretung von Frauke Tengler

Fehlender Abgeordneter

Lothar Hay

Landtagsverwaltung

RD Rudolf Burdinski

RRzA Ole Schmidt

Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten

St Henriette Berg

MR Dietrich Oltmanns

Der stellv. Vorsitzende, Abg. Jacobs, eröffnet die Sitzung um 13:35 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest.

Einzigster Punkt 1 der Tagesordnung:

Bericht des Ministers für Umwelt, Natur und Forsten über den Stand der Vergabe einer Fallkontrollstudie zur Erforschung der Ursachen für Leukämieerkrankungen im norddeutschen Raum

Das Manuskript der Ausführungen des Ministers ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

In der anschließenden Aussprache bekräftigt Abg. Dr. Happach-Kasan erneut ihre ablehnende Haltung gegenüber einer solchen Studie und betont, daß die Inzidenzstudie von Professor Greiser nach ihrer Ansicht keine geeignete Voraussetzung für eine solche Fallkontrollstudie sei. Zudem unterstrichen die Äußerungen von Energieminister Möller in seinem Schreiben an die unterlegene Klägerin in dem Verwaltungsgerichtsverfahren die Überflüssigkeit der Studie.

Sowohl für den Kreis Herzogtum Lauenburg als auch für den Kreis Pinneberg seien Hypothesen für die Ursachen der Leukämieerkrankungen in den Raum gestellt und bereits lang und breit diskutiert worden. Insofern könne eine Fallkontrollstudie unter den herrschenden Bedingungen, unter denen in der Bevölkerung bestimmte Hypothesen diskutiert würden, kaum noch unbekannte Ursachen aufspüren. Nach ihrer Auffassung sei der Untersuchungsansatz durch die bisherige ausgiebige Diskussion im Vorfeld bereits vorgezeichnet.

Unter Bezug auf die Antwort der Landesregierung auf ihre Kleine Anfrage interessiere sie, ob die Hypothesen inzwischen vollständig angegeben seien, um welche Hypothesen es sich handle und ob daran gedacht sei, im Bereich der Kinderleukämien die Studie von Professor Michaelis für Niedersachsen in die Studie einzubeziehen.

M Steenblock verweist hinsichtlich der Fragestellungen der Fallkontrollstudie auf seine Darlegungen. Er habe keinen Zweifel, daß die Untersucher aufgrund ihrer wissenschaftlichen Qualifikation in der Lage seien, mit dem nötigen wissenschaftlichen Sachverstand die von Abg. Dr. Happach-Kasan geäußerten Befürchtungen auszuräumen. Daß exakte wissenschaftliche Ergebnisse erzielt würden, halte er für selbstverständlich.

Sowohl das Ministerium als auch der wissenschaftliche Beirat hätten sich bemüht, alle Kritik aus dem Vorfeld einzubeziehen. Die Zahl der Risikofaktoren, die untersucht würden, sei erheblich höher und beschränke sich nicht auf die Kernkraftwerke.

Abg. Dr. Happach-Kasan entgegnet, daß sie die wissenschaftliche Qualifikation des Beirates, dessen Mitglieder ihr unbekannt seien, nicht in Zweifel ziehe. Ihre Bedenken gründeten sich darauf, daß die Leukämiekommission, die seinerzeit eingesetzt worden sei, mit einem politisch motivierten Auftrag gearbeitet habe.

In diesem Zusammenhang verweist sie darauf, daß das Kinderkrebsregister von Professor Michaelis deutlich gemacht habe, daß eine überdurchschnittliche Häufung von Krebserkrankungen auch in einer ganz anderen Region des Landes festzustellen sei. Sie möchte wissen, ob die Landesregierung beabsichtige, die Ursachen dafür ähnlich intensiv zu untersuchen, wie es im Bereich der Kernkraftanlagen in der Umgebung von Geesthacht geschehen solle.

M Steenblock erklärt, daß bisher noch keine konkrete Planung der Regierung über eine nachträgliche Einbeziehung dieser Region vorliege oder inwieweit eine gesonderte Studie erstellt werden müsse und unter welchen Haushaltsbedingungen dies zu realisieren sei. Über diese Fragen werde ebenfalls nachgedacht werden müssen. Das Interesse an den Kindern in dieser Region sei keineswegs geringer als das an den leukämieerkrankten Kindern in der Elbmarsch. Die Ursachenaufklärung müsse sich auf das ganze Land erstrecken.

Abg. Sager bedauert unter Bezug auf die vom Parlament geforderte rechtzeitige breite Information, daß der Zeitraum zwischen dem Beschluß des Kabinetts und der Auftragsvergabe in sechs Tagen so kurz bemessen sei, daß sich das Parlament mit den Einzelheiten nicht hinreichend auseinandersetzen könne.

Er hätte eine schriftliche Unterlage über den Stand der Vergabe statt lediglich der mündlichen Ausführungen des Ministers erwartet; dies wäre angesichts der Komplexität der Materie und des Auftragsvolumens durchaus angemessen gewesen. Zumindest sollte eine ausführliche Darstellung nachgereicht werden, damit sich der Ausschuß in die Systematik der Fallkontrollstudie und ihr Profil näheren Einblick verschaffen könne.

Er begrüßt es, daß das Ministerium beabsichtige, eine Vielzahl von Risikofaktoren zu untersuchen; ob tatsächlich alle in Betracht kommenden Faktoren erfaßt seien, könne er, Abg. Sager, derzeit nicht beurteilen. Ihn interessiere, welche Annahme der Umweltminister dafür habe, daß aufgrund der Fallkontrollstudie Ergebnisse zu erwarten seien, die über die bisher erstellten Gutachten und angestellten Untersuchungen hinausgingen. Darüber hinaus möchte er wissen, ob seine Information zutreffe, daß zusätzlich zu der Fallkontrollstudie das

Energieministerium weitere Untersuchungen in Auftrag geben wolle, etwa Untersuchungen zur Strahlenbiologie und Untersuchungen über die kleinräumige Meteorologie.

Abg. Nabel begrüßt, daß der Katalog der möglichen Risikofaktoren sehr umfassend sei und daß damit der Kritik, die seinerzeit auf dem Heidelberger Symposium auf Einladung der Strahlenschutzkommission an dem Design der Studie geäußert worden sei, Rechnung getragen werde.

Vor diesem Hintergrund aber müßte es nach seiner Ansicht naheliegen, daß sich der Bund an den Kosten dieser Studie beteilige. Ihn interessiere, ob es für eine Beteiligung des Bundes Anzeichen gebe und ob der Umweltminister dieses Anliegen bereits an den Bund herangetragen habe.

Abg. Strauß bittet um Auskunft, ob in das Anforderungsprofil der Risikofaktoren für die Studie auch landschaftsspezifische Bedingungen aufgenommen worden seien.

Abg. Dr. Happach-Kasan wiederholt ihre Frage, ob daran gedacht sei, die Kinder-Fallkontroll-Studie von Professor Michaelis für das Land Niedersachsen in die Studie einzubeziehen und den Fragenkatalog so zu gestalten, daß ein Abgleich mit den dort erhobenen Daten möglich sei.

Auf die Frage nach dem erhofften zusätzlichen Erkenntnisgewinn der Fallkontrollstudie gegenüber der Inzidenzstudie von Professor Greiser wiederholt M Steenblock, daß diese Studie ein wesentlich breiteres Spektrum an Risikofaktoren untersuchen werde; zugleich handele es sich um eine höhere Fallzahl. Zudem biete die Fallkontrollstudie die Gewähr, daß aufgrund der Ergebnisse der Inzidenzstudie eine wissenschaftliche abgesicherte Qualität von Aussagen vorliege.

Das Bundesministerium für Forschung und Entwicklung gebe ebenfalls eine Reihe von Untersuchungen in Auftrag; darüber und über den Stand der Vergabe könne er aber keine Aussagen machen. Zumindest hätten diese Studien keinen Einfluß auf die Fallkontrollstudie, weil sie ganz andere Aspekte im Umkreis des Kernkraftwerks Krümmel zum Gegenstand hätten.

M Steenblock bestätigt, daß das Studiendesign auch aufgrund der Kritik anläßlich des Heidelberger Symposiums geändert worden sei. Inwieweit der Bund zu einer Beteiligung an der Finanzierung bereit sei, müsse er offenlassen, weil er das Verfahren nicht schon jetzt bewerten wolle, sondern die Gelegenheit wahrnehmen wolle, mit der zuständigen Ministerin noch einmal

über eine Zusammenarbeit in diesem Punkt zu verhandeln, nachdem die ursprünglichen Bedenken ausgeräumt worden seien.

Die Risikofaktoren bezögen im übrigen auch landschaftsspezifische Gegebenheiten ein, so etwa Wasserreichtum oder Ausgasungen, Erdbewegungen und ähnliches.

Zum Abschluß der Aussprache äußert Abg. Todsen den Wunsch, dem Ausschuß möglichst schnell den Bericht des Ministers wie auch eine Liste jener Wissenschaftler, die im Rahmen der Studie beauftragt werden sollten, unter Angabe der Institute, an denen sie tätig sind, zugänglich zu machen.

Abschließend bestätigt M Steenblock, daß der genannte Abgleich mit der Kinderkrebsstudie von Professor Michaelis ebenfalls geplant sei. Die Untersuchungen selbst nehme das Bremer Institut für Präventivforschung und Sozialmedizin vor.

Der stellv. Vorsitzende schließt die Sitzung um 14:15 Uhr.

gez. Jacobs
Stellv. Vorsitzender

gez. Burdinski
Geschäftsführer

gez. Schmidt
Protokollführer